

STEPHAN KLECHA

DER TREUE FUNKTIONÄR

Otto Buchwitz

**Vom traditionellen Sozialdemokraten
zum überzeugten Unterstützer der SED**



Gefördert von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4292-3

Copyright © 2023 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag: Jens Vogelsang, Aachen
Umschlagbild: Porträt Otto Buchwitz fotografiert von Roger und Renate Rössing,
Funktionärkonferenz der deutschen Konsumgenossenschaften, 1951,

© Deutsche Fotothek

Satz: Rohtext, Bonn

Druck und Verarbeitung: Bookpress, Olsztyn

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Poland 2023

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

Von der SPD zur SED	7
Arbeiterkind aus Breslau	21
Milieu als Stütze und ein Konflikt ums Geld	26
Neustart in der SPD	33
Abgeordneter in Berlin, aber keine Karriere	42
Bedrohung durch den Nationalsozialismus	58
Dänisches Exil	66
In den Fängen der Gestapo – die neue Einheit der Arbeiterklasse	80
Auf dem Weg zum Parteivorsitz in Sachsen	87
Eine sich konsolidierende SPD geht unter	99
Der Apostel der Einheit erreicht sein Ziel	118
In der SED angelangt – Erfolg und Misserfolg der Organisation	133
Eine neuerliche Spaltung liegt in der Luft	142
Buchwitz taucht ab	154
Die Partei neuen Typs und Buchwitz wieder mittendrin	161
Die Stalinisierung der SED und von Buchwitz	176
Last Man Standing: Buchwitz und der 17. Juni 1953	182
Die neue Rolle: Veteran der deutschen Arbeiterbewegung	191
Fazit	206
Anhang	215
Archivalien	217

Protokolle der Parteitage der SPD	220
Protokolle des Reichstags	220
Quellen- und Literaturverzeichnis	221
Personenverzeichnis	246
Danksagung	262
Über den Autor	264

Von der SPD zur SED

Die Auseinandersetzung der SPD mit der heutigen Partei DIE LINKE hat sich immer wieder an historischen Streitfragen verhärtet. Zwei Dreh- und Angelpunkte sind die Vereinigung der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) mit der KPD und die Bildung der späteren DDR-Partei SED. Während sich die Geschichtsschreibung hinsichtlich des Zwangscharakters zwar mittlerweile im Wesentlichen einig ist, gibt es darüber hinaus nicht wenige Stimmen, die den Prozess der Vereinigung für weitaus komplexer halten, als dass er allein auf den Begriff der Zwangsvereinigung reduziert werden könnte (z. B. Malycha/Winters 2009: 26ff.; Grebing 2007: 137).

Unstreitig setzte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) auf Einschüchterung und Terror. Tausende Sozialdemokraten, die den Prozess der Vereinigung ablehnten, mussten drakonische Strafen fürchten. Mit der Konsolidierung der SED und der Gründung der DDR löste sich zudem das vereinbarte Miteinander von Sozialdemokratie und Kommunismus mehr und mehr auf. Die SED wandelte sich zu einer kommunistischen Partei, tilgte das originär sozialdemokratische Erbe, erklärte diesem gar den Kampf. Die Fusion war im Rückblick zweifelsfrei nicht als Zusammenschluss auf Augenhöhe angelegt.

Trotzdem kann man nicht leugnen, dass weit mehr als nur Zwang den Untergang der Sozialdemokratie in der SBZ bewirkt hatte. In ganz Deutschland, also auch in den Westzonen, gab es Aufrufe, Gründungsinitiativen und Versuche, eine gemeinsame Partei zu errichten (Kaden 1980: 156). Gerade in den einstigen mitteldeutschen Hochburgen der SPD befürwortete man 1945 vielerorts eine einheitliche Arbeiterpartei, anfangs taten sich in den Initiativen besonders emsig gerade die Sozialdemokraten hervor (Walter 2002: 112).

Innerparteiliche Debatten in der SPD zeigen bis zur vollzogenen Vereinigung mit der KPD ein Ringen um den richtigen Kurs. Die Dokumente offenbaren, dass dabei dem von Otto Grotewohl geführten Zentralausschuss die Zügel in der Debatte entglitten. Während auf der einen Seite die sowjetische Besatzungsmacht drängte und sich manch prominenter Parteiführer für die Vereinigung aussprach, stellte sich die Partei in den

westlichen Besatzungszonen in Gestalt des Büros Schumacher in Hannover dem entgegen und bekam dafür auch in der SBZ Zuspruch. Die sowjetische Besatzungsmacht und die Kader der KPD setzten daraufhin widerstrebende Funktionäre ab, verhinderten kritische Artikel in den wenigen sozialdemokratisch kontrollierten Zeitungen, verboten gar deren Erscheinen und verschoben die Mehrheitsverhältnisse in den Gewerkschaften zugunsten der Kommunisten (Kaden 1980: 277; Leonhard 2006: 31; Staritz 1994: 125). In der Folge brach der verbliebene Widerstand zusammen. Manch vormaliger Befürworter eines Zusammengehens lehnte den Zusammenschluss unter den gegebenen Umständen am Ende ab.

Die in Berlin angesetzte Urabstimmung über den Zusammenschluss offenbarte die Spannweite der Debatte. Zwar lehnte die dortige SPD in den Westsektoren einen sofortigen Zusammenschluss deutlich ab, sprach sich jedoch für eine Zusammenarbeit mit der KPD aus (Malycha/Winters 2009: 35). Dieser Umstand und die angeblich niedrige Abstimmungsbeteiligung waren später wesentliche Argumente der kommunistisch geprägten Interpretation, den Zwangscharakter der Vereinigung zu relativieren (Stuby 1975: 242; Historische Kommission der PDS 2002: 42).

Das Berliner Ergebnis lässt sich sicherlich nicht ungebrochen auf die fünf ostdeutschen Länder übertragen. Die Anwesenheit der westlichen Alliierten in der Stadt ermöglichte einen Austausch der Argumente, der schon im sowjetischen Sektor Berlin nicht mehr so leicht möglich war und in der SBZ in besonderer Weise erschwert war. Die im Vergleich zu den Kommunisten diskursiver und damit demokratischer agierenden Sozialdemokraten waren dem unter den Verhältnissen des sowjetischen Drucks unterlegen.

Auch eine Urabstimmung wurde in der SPD gar nicht erst zugelassen. Fraglich ist, wie dann die Entscheidung über den Zusammenschluss mit der KPD ausgefallen wäre. Eine Ablehnung wäre keinesfalls sicher gewesen: Für die Zeit nach der Gründung der SED weisen kleinräumige Milieustudien (z. B. Walter 1993) nämlich auf die Stabilität des sozialdemokratischen Lagers in den Hochburgen aus der Vorkriegszeit auch unter den Bedingungen der frühen SED hin. Dies legt wiederum nahe, dass die Vereinigung trotz aller Repressionen in den Ortsvereinen und Unterbezirken der SPD durchaus eine gewisse Akzeptanz gefunden hat.

Die Bereitschaft, beim parteipolitischen Neuanfang das alte Schisma zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus dem Grunde nach zu

überwinden, war auch unter den gestandenen Sozialdemokraten weithin anzutreffen. Mindestens 14 der 1933 für die SPD in den Reichstag gewählten 120 Abgeordneten gingen anfangs den Weg in die SED. Wenn man einbezieht, dass mehr als 30 der einstigen SPD-Reichstagsmitglieder den Nationalsozialismus nicht überlebt hatten und eine ebenso große Zahl sich noch im Exil befand beziehungsweise dort verblieb, war die Zahl derer, die SED-Mitglieder wurden, keineswegs gänzlich unbeachtlich.

Biographische Notizen offenbaren dann eine relevante Bereitschaft in der SPD, einer Zusammenführung beider Parteien der Arbeiterbewegung wenigstens eine Chance zu geben. Otto Grotewohl, der den Berliner Zentralausschuss der SPD leitete, ist hierzu zu zählen und Friedrich Ebert junior, der Sohn des einstigen Reichspräsidenten, die danach beide bis zu ihrem Tode in prominenten Staatsfunktionen der DDR wirkten. Aus dem Kreis der jüngeren Mitglieder sind sicherlich Edith Baumann und Max Rausch zu erwähnen. Baumann, die zweite Frau Erich Honeckers, war Mitglied der Reichsleitung der Jungsozialisten und wechselte nach deren Auflösung 1931 dann von der SPD zur SAPD, deren Parteivorstand sie 1933 angehörte. Rausch war Parteisekretär der Breslauer SPD und wechselte dann ebenfalls 1931 zur SAPD. Wie viele aus den linkssozialdemokratischen Abspaltungen der Weimarer Zeit gingen beide den Weg zurück zur SPD. Doch ihr weiterer Lebensweg führte sie sodann eben in die SED, wohingegen andere ehemalige SAPD-Mitglieder wie Willy Brandt, Anna Siemsen oder Hans Ziegler bewusst die SPD als politische Heimat im Nachkriegsdeutschland auswählten.

Mit den früheren Reichstagsabgeordneten Georg Engelbert Graf, Erich Lübke und Werner Lufft sind neben Grotewohl einige ehemalige USPD-Mitglieder in die SED gegangen. Hier mag die Hoffnung auf eine Wiederherstellung der alten Parteieinheit mit einer Linkswendung der Partei verbunden gewesen sein. Allerdings kehrten die drei erstgenannten Personen der SED schon nach kurzer Zeit wieder den Rücken, gingen in den Westen und traten dort wieder der SPD bei. Selbiges galt für Ernst Niekisch, der jedoch gerade nicht vom linken Flügel der Partei stammte, sondern Exponent des nationalistischen Hofgeismarer Kreises bei den Jungsozialisten der 1920er Jahre war. Für Niekisch war der Volksaufstand 1953 der Moment, um mit der SED zu brechen.

Wieder andere Sozialdemokraten standen der Vereinigung mit der KPD von vornherein deutlich ablehnender gegenüber. Hermann Brill, 1945

Ministerpräsident von Thüringen, misstraute den Kommunisten, obwohl oder vielleicht auch weil er sie als Mitgefangene in Buchenwald erlebt hatte, und plädierte für ein Zusammengehen mit bürgerlichen Kräften. Er wechselte schon Ende 1945 nach Hessen, wo er zunächst die Staatskanzlei leitete, ein Bundestagsmandat gewann und eine Honorarprofessur innehatte. Arno Hennig, 1945 Oberbürgermeister der sozialdemokratischen Musterkommune Freital, machte aus seiner Ablehnung der KPD keinen Hehl, wurde nach vollzogener Vereinigung seiner Funktion enthoben und ging ebenfalls in den Westen, wo er erst Bundestagsabgeordneter und später hessischer Kultusminister wurde.

Wirft man einen ersten Blick auf die Personen, die sich zur Vereinigung verhalten hatten, so mag man Opportunisten, Überzeugte und Gegner der Vereinigung finden, allerdings wird diese Einteilung dem Gros der Parteimitglieder vermutlich nicht gerecht. Es gab zahlreiche junge Mitglieder ohne große emotionale oder inhaltliche Bindung an die Vorkriegs-SPD. Selbst wenn man diese ausblendet, entscheidet sich ein beachtlicher Teil der Sozialdemokratischen Partei im Ergebnis für die Vereinigung und verbleibt in der SED – trotz erfahrener Unterdrückung durch den sowjetisch-kommunistischen Machtapparat, wachsender Ausgrenzungserfahrungen in der SED und eines einschneidenden Ereignisses mit dem Volksaufstand 1953. Diese Personen sind besonders interessant, um an ihnen exemplarisch darzulegen, wie stark der Wille zur Vereinigung wirklich war und wie ausgeprägt die Leidensbereitschaft gewesen sein muss, nachdem sich Enttäuschungen in der politischen Praxis der SED einstellten oder Mängel im politischen System der DDR offensichtlich wurden. Es handelte sich um Funktionäre, die im Ersten Weltkrieg bewusst nicht in die USPD gingen, die als solche in der Weimarer Zeit gegenüber der KPD starke Antipathien an den Tag legten und die tief in der SPD, ihren Traditionen und Wertvorstellungen verwurzelt waren. Einige von ihnen spielten im Vereinigungsprozess 1945/46 eine prominente Rolle, galten gar als Aushängeschilder der SED für die Integration der Sozialdemokratie in die neue Partei. Als solche waren sie auch Vorbilder für jene, die zweifelten, aber eben nicht den entschiedenen Schritt der Ablehnung gingen. Eine dieser Personen war Otto Buchwitz.

Buchwitz war ein typischer Vertreter des biedereren, aber fleißigen Parteifunktionärs, wie er sich in der Spätphase des Kaiserreichs ausgebildet hatte und der prägend für die SPD der Weimarer Republik wurde. Buchwitz

gelangte 1945 in die Funktion des sächsischen Landesvorsitzenden der SPD. Im Kreis der Landesvorsitzenden in der SBZ wurde er zu einem der energischsten Befürworter eines Zusammengehens mit der KPD. Nach dem Vollzug der Vereinigung erlebte Buchwitz dann aber hautnah die Ausgrenzung der Sozialdemokraten. Er wurde in Sachsen Zeuge der mysteriösen Umstände des Todes von Sachsens Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs. Immer wieder wandten sich Personen aus der vormaligen SPD an ihn. Immer wieder gab er dabei zu verstehen, dass er deren Kritik teilte, brachte sie gar in die Gremien der SED ein und dachte zwischenzeitlich deutlich vernehmlich über einen Austritt aus der SED nach. Wenn von Buchwitz dieser Bruch vollzogen worden wäre, so hätte das unter Umständen weitreichende Folgen für die Akzeptanz des Zusammenschlusses gehabt, am Ende gar für den Machtanspruch der SED. Doch Buchwitz blieb der SED bis zu seinem Tode 1964 treu. Aus zentralen politischen Funktionen wurde er ab 1950 eher herausgehalten beziehungsweise er war gesundheitlich viel zu angeschlagen, um diese zu bekleiden. Als Alterspräsident der Volkskammer und als Ehrenpräsident des Deutschen Roten Kreuzes in der DDR hatte er bescheidene repräsentative Ämter inne. Zuvor war er aber kurzzeitig Mitglied in der Zentralen Parteikontrollkommission, hatte deren Vorsitz anfangs gar inne. Das Instrument solcher Parteikontrollkommissionen hatte sich im Stalinismus in den Mitgliedsparteien der Kommunistischen Internationalen herausgebildet. Sie existierten auf allen Parteiebenen und überprüften regelmäßig die Parteimitglieder auf ideologische Zuverlässigkeit. Bestanden Zweifel daran, wurden die Mitglieder kurzerhand ausgeschlossen. Bei allen Unterschieden im Detail handelte es sich um Gremien, die judikative Aufgaben einer Schiedskommission mit exekutiven Aufgaben eines Vorstands verbanden und so die innerparteiliche Gewaltenteilung durchbrachen. Angelegt als scheinbar unabhängiges Organ, waren sie personell mit den Vorstandsfunktionen der Partei eng verflochten und somit formal judikativ, aber eigentlich exekutiv tätig. Buchwitz befand sich somit durchaus in einer Schlüsselposition innerhalb des parteiinternen SED-Machtgeflechts, hatte also weitreichenden Einblick in die Funktionsweise der Partei und war zugleich altersbedingt frei von eigenen persönlichen Ambitionen. Anders formuliert, Buchwitz hätte den Weg nicht weitergehen müssen, den er 1945/46 aus begründbaren Motiven heraus eingeschlagen hatte. Das macht die Person Otto Buchwitz für das Verständnis der vollzogenen Vereinigung besonders interessant.

Waren andere Sozialdemokraten oft randständige Figuren im weiteren Prozess oder eben besonders exponiert und dabei nicht frei von eigenen Interessen – wie wohl Otto Grotewohl –, so besaß Buchwitz auf den ersten Blick hin die notwendige Freiheit und auch das tiefergehende Verständnis, um die politischen Aktionen der SED aus traditioneller sozialdemokratischer Perspektive als Fehlentwicklungen zu erkennen und zu erfassen. Kritische Worte über den Entwicklungsgang der SED sind in der Tat von ihm überliefert und fanden Eingang in die biographischen Kurzdarstellungen (z. B. Matzerath 2001: 164). Daher gibt es in Zusammenhang mit Buchwitz zwei Aspekte, die von Interesse sind: Welchen Werdegang hatte Buchwitz zurückgelegt, der ein Eintreten für die Vereinigung begünstigte? Warum blieb Buchwitz schließlich der SED treu? Beide Aspekte werfen einen Blick auf die Kontroverse um den Charakter der Zwangsvereinigung. Über die Beantwortung beider Fragen ergeben sich zunächst einmal die individuellen Motive eines durchaus prominenten Akteurs im Prozess der Vereinigung. Allerdings erscheint es nicht allzu gewagt, daraus zu verallgemeinern, was Sozialdemokraten alter Prägung bewogen hat, den Weg in die SED langfristig zu gehen. Gleichzeitig erfordert Buchwitz' Vorgehen auch einen Blick auf den Zwangsapparat, dem sich die Sozialdemokraten ausgesetzt sahen, sowohl vor als auch nach der Vereinigung.

Dabei gilt der Forschungsstand zur SED und zu den im Zusammenhang mit Buchwitz relevanten Wegmarken der Parteientwicklung (insbesondere Zwangsvereinigung, Stalinisierung, 17. Juni) als mittlerweile gut gesichert. Bis 1990 gab es in der Bewertung der Vorgänge noch erkennbare Unterschiede zwischen Ost und West, wobei in der offiziellen DDR-Geschichtsschreibung manche Details und Fakten schon mal unter den Tisch fielen, während es der westdeutschen Forschung teilweise an den erforderlichen Archivzugängen ermangelte (zur Übersicht der Debatten, siehe Staritz 1994: 109ff.). Zwei Enquêtekommissionen des Bundestags, der Forschungsverbund SED-Staat und die Arbeiten zahlreicher Wissenschaftler zur DDR-Geschichte, beispielsweise beim Dresdner Hannah-Arendt-Institut oder am Institut für Zeitgeschichte in München, haben nach der umfangreichen Öffnung der Archive nach 1990 vieles zutage befördert und dadurch das Geschichtsbild geprägt. Speziell das Jahrzehnt nach der Maueröffnung löste bei den Wissenschaften, die sich mit Fragen zur DDR-Geschichte befassten, eine regelrechte Goldgräberstimmung aus. Der Forschungsstand zu den für die vorliegende Thematik relevanten